

Herbert Wehner

Bad Godesberg, am 24. März 1968

Sehr verehrter, lieber Kollege Lücke!

Nachdem ich leider telefonisch nicht das Glück hatte, Sie zu erreichen, will ich durch ein paar Zeilen versuchen, Ihnen zu erklären, was zu erklären notwendig ist. Ich bin erst in der Nacht zum Sonntag von der Reise zurückgekommen, hatte schon unterwegs durch Rundfunknachrichten gehört, wie Sie auf den Wahlrechts-Beschluß des SPD-Parteitag reagiert hätten und las dann am Sonntagvormittag in den Zeitungen weiteres darüber. Nun kenne ich nicht Ihre tatsächlichen Äußerungen, während Sie wahrscheinlich nur sehr unbestimmte Nachrichten vom SPD-Parteitag gehabt haben. So, wie die Lage nun ist, hilft es aber wenig, dies zu konstatieren. Andererseits darf man es nicht ganz außeracht lassen.

Mir wäre lieber, Ihnen in Ruhe und - soweit Sie wollten - ausführlich vom SPD-Parteitag zu erzählen. Dabei wäre ich auch ein wenig auf dessen Vorgeschichte zu sprechen gekommen, das heißt auf eine Anzahl von Bezirksparteitagen und Beschlüsse von Bezirksvorständen, in denen die Wahlrechtsfrage eine Rolle gespielt hatte. Zu Beginn des Parteitages in Nürnberg sahen wir uns einer Situation gegenüber, in der entweder ein Beschluß gefaßt würde, der jede Änderung des gegenwärtigen Wahlrechts ablehnt, oder ein Beschluß, die Behandlung des Wahlrechts weiterer reiflicher Prüfung und Diskussion zu überlassen. Es bestand stärkste Neigung, einen "definitiven" Beschluß negativer Art gegen die Wahlrechtsreform zu fassen. Dem ist durch den Beschluß, auf einem ordentlichen Parteitag zu entscheiden, entgegengewirkt worden. Das ist, in dürren Worten, die gegenwärtige Situation.

Ich versage es mir, Ihnen brieflich darzulegen, welche Anträge vorlagen. Leider habe ich das unkorrigierte Protokoll des letzten Verhandlungstages noch nicht in meinen Händen. So bald es mir möglich sein wird, werde ich es Ihnen zuschicken. Es vermittelt, zusammen mit dem Protokoll der Arbeitsgemeinschaft C, doch einen gewissen Einblick. Wenn Sie sich die Zeit nehmen würden, sich damit eingehender zu befassen, würden Sie wohl verstehen, was vor sich gegangen ist. Auf jeden Fall handelt es sich um ein schweres Ringen, in dem die Wahlrechtsfrage eine der Fragen war, deren Beantwortung die politische Richtung bestimmen sollte. Natürlich werden Sie Ihre eigenen politischen Wertungen anstellen. Andererseits bitte ich Sie, dabei nicht völlig außeracht zu lassen, in welchem Gesamtkomplex sich diese Frage befindet. Ich meine nicht, daß der Gesamtkomplex so leicht genommen werden darf, wie es geschähe, wenn auf eine noch so wichtige Einzelfrage ohne Rücksicht auf die anderen Fragen reagiert würde.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bedeutet Ihnen die Wahlrechts -

reform den Beweis für die Absicht, unsere demokratische Ordnung krisenfest zu machen. Wenn es sich so verhält, müssen Sie, bitte, auch Verständnis dafür haben, wenn im Ringen um eine solche Reform noch einmal hochkommt, was in vergangenen Jahren und ihren Kämpfen erlebt und erlitten worden ist. Meist sehr einseitig gewertet. Aber diejenigen, mit denen dabei zu ringen ist, gehören zu denen, mit denen wir unsere Ordnung krisenfest machen wollen und müssen. Sie müssen also überzeugt werden. Ihre Auffassungen können nicht von oben in eine Art von Reih und Glied gebracht werden.

Vielleicht darf ich daran erinnern, daß ich im vergangenen Jahr wiederholt darum gebeten hatte, die Wahlrechtsfrage zeitig so zur Diskussion zu stellen, daß wir nicht in Zeitdruck geraten. Als ich das noch einmal Anfang Oktober 1967 sagte, war es schon sehr spät, aber immer noch nicht zu spät. Aber auch Anfang Dezember war noch dieselbe Situation wie Anfang Oktober, und es vergingen nochmals Wochen, bis wir am 11. Januar 1968 das Gespräch haben konnten, in dem das Problem "Übergangswahlrecht" als erledigt und eine Prozedur für die Behandlung der Vorlagen zur Wahlrechtsreform ins Auge gefaßt werden konnte. Während dieser ganzen Zeit bin ich mir in zunehmendem Maße vorgekommen wie jemand, der zwar eine Stellung halten aber dabei ganz auf sich allein angewiesen bleiben soll. Herrn Professor Hermens habe ich das einmal bei Gelegenheit eines Zusammentreffens am 19. Dezember klarzumachen versucht. Ich fürchte, er hat mich nicht verstanden, weil er der politischen Behandlung dieser Frage zu wenig Verständnis entgegenbrachte. Diese Bemerkung ist kein Urteil, sondern sie ist meine Annahme.

Bevor Sie, verehrter Kollege Bücke, unwiderrufliche Schlußfolgerungen aus dem Vorgang ziehen, der Sie offensichtlich sehr enttäuscht hat, bitte ich Sie doch herzlich darum, sich mit der Gesamtproblematik vertraut machen zu wollen. So weit ich dazu helfen kann, möchte ich es gern tun.

In vorzüglicher Hochachtung
und mit herzlichen Grüßen,
Ihr ergebener

Herbert Wehner.